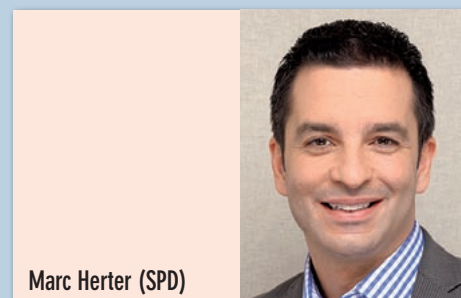


Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Bodo Löttgen (CDU)



Marc Herter (SPD)

Insgesamt hat sich die Lage der Städte und Gemeinden ...

... verschlechtert. Mit dem Entwurf des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2011 erleiden 260 Kommunen in NRW über Nacht teils erhebliche finanzielle Einbußen. Die Spaltung des Landes in Gewinner (Stadt) und Verlierer (Land) muss beendet werden. Wir brauchen eine faire und zukunftssichere Lösung im kommunalen Konsens.

... in den letzten Jahren verschlechtert. Immer mehr Aufgaben sind von Bund und Land ohne einen entsprechenden finanziellen Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden. Mit dem Regierungswechsel hat die neue Landesregierung damit begonnen, die Kommunalfinanzen wieder auf solide Beine zu stellen, z. B. durch die Aufstockung des GFG um 300 Mio. Euro.

In Anbetracht des frühen Winters, der unter anderem wegen kaputter Straßen auch seine Spuren in den kommunalen Kassen hinterlässt, ist es geboten, in Zukunft vorbeugend ...

... zu handeln. Dem Erhalt kommunaler Infrastruktur kommt in Zeiten des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) besondere Bedeutung zu. Dazu notwendige Rückstellungen für Investitionen sollten administrativ erleichtert und hinsichtlich ihrer wertigen Einordnung im NKF nochmals überprüft werden.

... tätig zu werden. Der präventive Ansatz der Landesregierung „Straßenerhalt vor -neubau“, ist auch für die Kommunen richtig. So schwierig die Finanzsituation in vielen Städten und Gemeinden auch ist, wer zeitnah repariert, spart mittel- und langfristig Geld. Die Umschichtung der entsprechenden Haushaltsmittel macht auch auf kommunaler Ebene Sinn.

In Zeiten klammer kommunaler Kassen bewerte ich den Stellenwert von bürgerschaftlichem Engagement als ...

... unabdingbar notwendig und in seiner Wirkung vielfach unterschätzt. Vor allem mangelt es in Politik und Gesellschaft leider immer noch an Wertschätzung und Anerkennung. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderung ist hier Umdenken und Umsteuern angezeigt.

... notwendig und unverzichtbar. Deswegen wird Rot-Grün in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement auch vor dem Hintergrund der Anforderungen an Beruf und Privatleben verbessern und für eine höhere Anerkennung und Wertschätzung sorgen.

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Nordrhein-Westfalen zu sichern ...

... braucht es starke Kommunen. Nur mit einer gerechten und aufgabenangemessenen Finanzausstattung ist kommunale Selbstverwaltung möglich; nur so können unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse in einer heterogenen kommunalen Landschaft mit Bürgerakzeptanz und -mitwirkung in Einklang gebracht werden.

... ist es notwendig, den Gemeindefinanzausgleich zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. Dabei ist eine Entlastung durch den Bund im Bereich der Sozialtransferkosten dringend geboten, um das Ausgleichssystem nicht zu überfordern.

Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Land und Kommunen halte ich für ...

... weitgehend angemessen und gesetzlich klar geregelt. Die Haushaltslage aller staatlichen Ebenen wird aber eher früher als später wenig populäre Entscheidungen bei der Reduzierung von Aufgaben und Standards notwendig machen.

... gerechter gestaltbar. Ziel muss sein, möglichst viel Gestaltungsspielraum vor Ort zu erreichen. Das Übertragen von Aufgaben auf die Kommunen darf nicht, wie in der Vergangenheit, zu einem Raubzug durch die kommunalen Kassen führen. Die Connexität muss wieder strikt eingehalten werden.

Diesmal geht es um die Lage der Kommunen.

Mehrdad Mostofizadeh
(Grüne)



... in der schwarz-gelben Regierungszeit aufgrund kommunalfeindlicher Einschnitte massiv zugespitzt. Grüne und SPD haben mit der Aufstockung der Finanzmittel die Lage leicht entspannen können. Ohne ein Engagement des Bundes sehen viele Städte aber trotzdem kein Licht am Ende des Tunnels.

... die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen deutlich zu verbessern. Der Bund muss die Kommunen endlich bei den notwendigen Aufwendungen für soziale Transferleistungen entlasten. Dann können auch mehr als nur Schlaglöcher gestopft werden.

... ein Element, um die Qualität gemeinschaftlicher Aufgaben zu verbessern. Bürgerinnen und Bürger sind keine Lückenbüßer, sondern tragen durch ihr kompetentes Engagement zum Gemeinwohl und zum Zusammenhalt bei.

... muss der Bund endlich – wie versprochen (!) – die Kosten für notwendige soziale Leistungen an Bedürftige übernehmen. Das Land muss durch nachhaltige Investitionen in Bildung für Chancengerechtigkeit sorgen.

... optimierbar. Land und Kommunen müssen partnerschaftlich zusammenarbeiten, wie es nun z. B. in der neuen Schulpolitik von Grünen und SPD deutlich wird. Es wird kein Konzept übergestülpt, sondern mit den Verantwortlichen vor Ort gemeinschaftlich entwickelt.

Horst Engel (FDP)



... infolge der Finanzkrise trotz hoher Zuwendungen durch die FDP/CDU-Koalition u. a. beim GFG und Konjunkturpaket II nicht ausreichend stabilisieren können. Die von Rot-Grün geplanten Änderungen im kommunalen Finanzausgleich zu Lasten gerade des ländlichen Raums werden die Lage vieler Kommunen noch verschlimmern.

... kommunale „Masterpläne“ für den Straßenbau aufzustellen, auf deren Grundlage in den Erhalt und in die Konsolidierung kommunaler Infrastrukturen investiert wird.

... unverzichtbar und wünschenswert. Gerade wenn es um Einsparungen und Konsolidierungsmaßnahmen geht, können und wollen Bürgerinnen und Bürger die Zukunft der eigenen Gemeinde mitgestalten.

... muss der kommunale Finanzausgleich über das GFG sehr behutsam und ganzheitlich der aktuellen Entwicklung angepasst werden. Die von Rot-Grün geplante isolierte Anpassung einzelner Parameter ignoriert den ifo-Endbericht und ist kontraproduktiv. Die FDP will nicht, dass unsere Städte und Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden.

... optimierungsbedürftig, weil die notwendige Mittelausstattung bei den Leistungsgesetzen des Bundes und des Landes nach dem Konnexitätsprinzip häufig nicht ausreichend beachtet wird.

Özlem Alev Demirel
(Linke)



... dramatisch verschlechtert. Hauptursache sind Beschlüsse im Land und im Bund von CDU, FDP, SPD und Grünen, die zu massiven Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende führten und drastische Einbrüche der Steuereinnahmen zur Folge hatten. Außerdem wurde vielfach das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, zahlt – missachtet.

... den Winterdienst auszubauen (ohne Gebührenerhöhung!) und Streumittelvorräte anzulegen. Winter sind planbar. Sie treten etwa alle zwölf Monate auf. Allerdings: Wer im Winter geordnete Verhältnisse will, muss auch bereit sein, den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

... sehr wichtig. Ehrenamtliches Engagement darf jedoch nicht missbraucht werden. BürgerInnenarbeit darf nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen. Gute Arbeit braucht guten Lohn! Eine Sanierung der Kommunalfinanzen kann und darf nicht auf dem Rücken der BürgerInnen erfolgen!

... müssen die Kommunen genug Geld zur Verfügung haben. Die geplante Umverteilung im Rahmen des Gemeindefinanzausgleichs verschlimmert die Probleme nur. Ein neuer Verteilschlüssel ist notwendig, Städte mit vielen ALG-II-EmpfängerInnen brauchen ausreichend Geld vom Land. Für eine Neuverteilung müssen aber mehr Mittel im Topf sein, damit keine Kommune schlechter gestellt wird.

... gar nicht mehr in Ordnung. Die kommunale Selbstverwaltung ist durch strukturelle Unterfinanzierung und Gängelung seitens der Kommunalaufsicht weitgehend ausgehöhlt. Kommunalfinanzen und kommunale Demokratie müssen gestärkt werden. Angebote wie ein kostenloses Sozialticket und kostenloser Eintritt in Kultur- und Sportstätten dürfen nicht untersagt werden.